

Stadt, die nicht nur funktioniert, sondern lebt

Alesa Mustar im Gespräch mit Ingrid Breckner
über Stadt, Migration und das Ungewisse



Foto: Adrian Zwicker

Alesa
Mustar



Foto: Tatsiana Tkachova

Ingrid
Breckner

Wie verändert Migration unsere Städte nicht nur in der Planung, sondern in Alltagsbeziehungen, Erwartungen, Zuschreibungen? Ingrid Breckner, Stadtsoziologin an der HCU Hamburg im Ruhestand, forscht schon lange zu Stadtentwicklung, Governance und den Bedingungen des Ankommens. In ihrer Forschung beschreibt sie Stadt nicht nur als Ort des Ankommens, sondern als Raum ständiger Aushandlung: zwischen Sichtbarkeit und Ausschluss, zwischen Zugang und Kontrolle. Im Gespräch mit Stadtforscherin Alesa Mustar entsteht ein Dialog über Teilhabe, Macht, Sprache und Stadt als widersprüchlichem Aushandlungsraum: durchlässig, fragmentiert, offen für das Unerwartete.

Alesa Mustar: Sie sprechen in Ihren Texten von der Stadt als „Fluchort“. Doch der Begriff klingt fast schützend – in der Realität erleben viele Städte Migration eher als Verwaltungsfall. Ist die Stadt wirklich ein Ort des Ankommens, oder eher ein Raum ständiger Aushandlung zwischen Sichtbarkeit und Ausschluss? Hat sich Ihre Verwendung des Begriffs im Lauf der Jahre verändert?

Ingrid Breckner: Der Begriff „Fluchort“ hat uns lange begleitet. Er entstand aus der Kritik, Flucht nur als administrativen Sonderfall innerhalb von Migration zu behandeln, ohne das konkrete Ankommen Geflüchteter zu verstehen. Uns interessierte, wie Städte auf Menschen reagieren, die nicht freiwillig migrieren, sondern unter Zwang: mit anderen Bedürfnissen, Ressourcen und Traumata. Viele suchten gezielt städtische Orte auf, obwohl sie durch das BAMF offiziell anders verteilt wurden, beispielsweise aufs Land. In Hamburg fanden sie Anschluss: an Menschen, an Infrastruktur, an berufliche Perspektiven. Ein afghanischer Architekt etwa kam einfach zur Hochschule, in der Hoffnung, wieder Kontakt zu seiner Profession zu finden. Andere wiederum hätten lieber im ländlichen Raum gelebt, weil sie sich dort auskannten und eher einbringen konnten. Aber auch das wurde oft verhindert. Die Stadt wird so nicht automatisch zum besseren Ort – aber sie wird dazu gemacht, weil sie mehr Sichtbarkeit und Zugang ermöglicht. Ein häufiges Fluchtmotiv war auch Krankheit. Besonders bei psychischen Belastungen wussten viele: Auf dem Land fehlt jede Versorgung. In der Stadt gab es zumindest Ansätze von Hilfe. Für mich wurde der Begriff „Fluchort“ dadurch vielschichtiger. Weniger schützend, weniger romantisch, sondern Ausdruck eines Spannungsraums: Wer darf wählen, wohin er geht? Und wer wird einfach geschickt? Städte werden oft gezielt aufgesucht, weil sie Optionen bieten, aber auch, weil dort Menschen leben, die nicht sofort fragen: Wo kommst du her? Sondern: Was brauchst du, was machst du, was kannst du?

Sie beschreiben damit auch eine Stadt, die sich nicht nur funktional verändert, sondern atmosphärisch und sozial. Welche Veränderungen beobachten Sie im urbanen Gefüge, also nicht nur in Infrastruktur oder Versorgung, sondern in den subtileren Schichten wie Nähe, Blickregime, Affekte?

In Hamburg wurden gezielt auch Quartiere mit wenig Migrationserfahrung in die Verteilung einbezogen. Das führte zu Reaktionen, die nicht immer rational erklärbar waren: Sorge um die Sicherheit der Kinder, um das Schulniveau, um die Stabilität im Alltag oder eine negative Entwicklung des Immobilienwertes. Manche Ängste lagen offen auf dem Tisch, andere wirkten

eher unterschwellig – aber sie prägten das Klima in der Nachbarschaft. Gleichzeitig gab es auch andere Erfahrungen: In stabileren Quartieren konnten zivilgesellschaftliche Gruppen Brücken bauen, Kontakte stiften, neue Formen des Miteinanders ermöglichen. Ein gutes Beispiel ist eine Unterkunft für Geflüchtete in einem ehemaligen Kreiswehersatzamt. Die Nutzung war auf zehn Jahre begrenzt, aber die Initiative vor Ort war so engagiert, dass nach dem Auszug der Geflüchteten ein deutliches Signal kam: Dieses soziale Gefüge muss bleiben. Die Stadt reagierte – und plante an diesem Ort zu hundert Prozent geförderten Wohnungsbau. Aber auch im städtischen Alltag verändert sich etwas, beispielsweise im öffentlichen Nahverkehr. Als die Unterkunft eröffnet wurde, wechselten Menschen im Bus den Sitzplatz, weil sie dachten: Das sind die Geflüchteten. Nach ein paar Monaten änderte sich das. Nähe wurde zur Gewohnheit. Und trotzdem bleiben bestimmte Spannungen bestehen: in Gesten, in Blicken, in kleinen Unsicherheiten. Genau dort, im Alltagskontakt, wird Zugehörigkeit verhandelt – nicht laut, aber stetig.

Solche Situationen zeigen ja nicht nur planerische Herausforderungen, sie machen deutlich, wie vielschichtig Stadt als Gefüge ist: als sozialer, emotionaler, politischer Raum. Wenn man nun, wie der Postkolonialtheoretiker Achille Mbembe, davon ausgeht, dass Migration keine Ausnahme, sondern eine planetarische Realität ist: Was heißt das dann für die Stadt?

Dem stimme ich grundsätzlich zu. Aber ich denke, wir sind gesellschaftlich noch nicht so weit, auch wenn der Begriff „Einwanderungsgesellschaft“ inzwischen häufiger fällt. Was das für die urbane Praxis bedeutet, ist bislang kaum ausformuliert. In unseren Forschungen haben wir gesehen, wie Menschen mit kleinsten Mitteln versuchen, sich Räume anzueignen: es werden Decken vor die Fenster gehängt, kleine Gegenstände aufgestellt, Rituale vollzogen. Oft aber wurde das mit Verweis auf Brandschutz oder Hausordnungen verhindert. Ein Geflüchteter sagte einmal: „Die denken immer, wir könnten nicht wohnen.“ Dabei hatte er unter Kriegsbedingungen gewohnt: würdevoll, strukturiert, manchmal besser als arme Menschen hier. Diese Zuschreibungen entmündigen. Sie zeigen, wie stark das urbane Denken auf Ordnung fixiert ist – und wie wenig Raum bleibt für Unsicherheit, für Bewegung, für nichtnormierte Lebensweisen. Wenn wir Urbanität ernst nehmen wollen, dann als etwas Prozesshaftes, nicht als Schema, sondern als Ort, der sich verändert, weil Menschen ihn täglich mitgestalten.

Diese Prozesshaftigkeit zeigt sich sicherlich auch in konkreten Räumen, in Spannungen, aber vielleicht auch in gelebten Allianzen. Gab es Orte, an denen diese Konflikte besonders spürbar wurden?

Ein Ort, an dem sich diese Spannungen besonders deutlich zeigten, war das Weltquartier in Hamburg-Wilhelmsburg. Dort leben rund 80 Prozent Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Im Zuge der Internationalen Bauausstellung wurde das Quartier verändert. Wir untersuchten dabei, welche Konfliktlinien sichtbar wurden: Es ging um mehr als Architektur – um soziales Gefüge, Unsicherheiten, neue Sichtbarkeiten. Und darum, wie stark Planungsprozesse an kultureller Komplexität oft vorbeigehen.

Wohnen ist mehr als Versorgung, es ist soziale Verortung, alltägliche Praxis und eine Frage der Zugehörigkeit. Im Projekt „Probewohnen“ in Lübeck sprachen Sie sich für reguläre, dezentrale Wohnformen aus. Solche Ansätze wirken fast wie utopische Gegenentwürfe zur Realität vieler Geflüchteter. Wie beurteilen Sie heute die Wirkung solcher Pilotprojekte, und wie wird aus einem gelungenen Projekt eine neue Praxis?

Wir haben Lübeck bewusst als Fallbeispiel gewählt, weil dort Stadt, Wohnungsbaugesellschaft und Wohlfahrtsverbände ein gemeinsames Modell entwickelten: das „Probewohnen“. Menschen mit Bleibeperspektive konnten dort in reguläre Wohnungen einziehen, zunächst auf Probe. Wenn das funktionierte, wurde daraus nach einem Jahr ein dauerhafter Mietvertrag. Fast alle diese Probewohnverhältnisse wurden verstetigt. Das war eindrucksvoll – und vor allem: Es hat sogenannte Umzugsketten unterbrochen. Viele Geflüchtete leben jahrelang in temporären Unterkünften, ohne Stabilität, ohne echte Lebensplanung. Aber wenn man weiß: Ich muss hier nicht wieder raus, beginnt man, Wurzeln zu schlagen. Erst dann denkt man: Wo gehe ich zur Schule? Wo finde ich Arbeit? Wie sieht mein Alltag aus? Nur wenn man eine Wohnung hat, in der man die Tür hinter sich schließen kann, beginnt man überhaupt zu denken: Wie organisiere ich mein Leben? Wir haben Menschen getroffen, die seit zwanzig Jahren in Unterkünften leben – zwanzig Jahre! Und das zeigt sich auch an anderen Stellen: Wer seit sehr vielen Jahren in einer Unterkunft lebt, kommt nirgendwo wirklich an.

Gab es in Lübeck Widerstände in der Verwaltung oder Nachbarschaft? Welche Rolle spielte die Zivilgesellschaft, und welche müsste die Wohnungswirtschaft übernehmen?

Das Beeindruckende war: Es gab kaum Widerstand. Die Zivilgesellschaft war strukturell eingebunden, zum Beispiel über die Johanniter. Und auch in den Nachbarschaften war die Atmosphäre überwiegend positiv. Viele beschrieben, dass das Quartier lebendiger wurde und dass sie die Geflüchteten gar nicht als „die Anderen“ wahrnahmen, sondern als Familien mit Kindern. Niemand musste sich für sein Engagement rechtfertigen. Aber klar: Solche Modelle brauchen stabile Allianzen – und sie brauchen eine andere Haltung in der Wohnungswirtschaft. Noch immer dominiert ein individuelles Wohnverständnis. Aber Wohnen ist auch eine kollektive Praxis. Das zeigt sich überall dort, wo Nachbarschaft funktioniert.

Und vielleicht liegt genau darin etwas Grundlegendes: Was bedeutet Zugehörigkeit, wenn Wohnen unsicher bleibt? Und gibt es Formen von Zuhause, die stärker wirken als alles, was Planung garantieren kann?

Es ist der gestaltbare, verfügbare Raum, der zählt. Die Sicherheit, nicht ständig wechseln zu müssen. Erst dann entsteht Alltag. Und oft sind es gerade informelle Orte – das Sofa bei einer Freundin, das gemeinsame Kochen im Hof –, die erste Erfahrungen von Zugehörigkeit stiften. Ohne Vertrag, ohne Namen, aber mit Verlässlichkeit.

Die Kulturtheoretikerin Sara Ahmed schreibt sinngemäß, dass „Heimat“ nicht bedeutet, festgelegt zu sein, sondern nicht als Störung empfunden zu werden. Was passiert mit Zugehörigkeit, wenn bestimmte Körper – durch Hautfarbe, Sprache oder Kleidung – immer als „anders“ gelesen werden?

Dann wird Wohnen nie neutral. Dann wird der Alltag zur Bühne – und der Körper zur Projektionsfläche. Eine Interviewpartnerin erklärte einmal: „Ich kann nicht mal die Tür aufmachen, ohne zu überlegen, was ich an habe.“ Diese alltäglichen Selbstbefragungen erschöpfen, sie erzeugen eine ständige Alarmbereitschaft, ein Gefühl von Beobachtung, das kaum Pause kennt. Für viele Menschen mit Migrationshintergrund ist diese Sichtbarkeit keine Wahl, sondern ein Zustand, dem sie nicht entkommen können. Der Blick der Anderen – im Hausflur, auf der Straße, im Quartiersrat – beeinflusst, wie sie sich bewegen, sprechen, wohnen. Wer sich ständig anpasst, verliert irgendwann die Freiheit, sich selbst zu setzen. Planung denkt solche Dimensionen kaum mit. Sie fragt: Wo ist Platz? Was ist erlaubt? Aber selten: Wer wird hier überhaupt mitgedacht? Wer wird gesehen – und wie? Zugehörigkeit ist nicht nur eine Frage des Rechts oder des Wohnraums, sondern des Raumerlebens. Es geht um das Gefühl, sich nicht rechtfertigen zu müssen. Um einen Ort, an dem man nicht als Abweichung erscheint, nur weil man existiert.

Wie geht Planung mit der Realität einer vielschichtigen, heterogenen Stadtgesellschaft um? Ihre Texte stellen klassische Steuerungslogik ja eher infrage und denken Planung als etwas Offenes, als Zuhören, als Anerkennung urbaner Komplexität. Sie sprechen von sozialräumlichen Allianzen, von neuen Formen des Zusammenspiels zwischen Planung, Zivilgesellschaft und städtischer Vielfalt. Wie realistisch ist diese Vorstellung im heutigen planerischen Apparat? Gibt es Beispiele, in denen Planung nicht mehr nur von oben gestaltet, sondern von unten gehört wird?

Es ist ein langer Weg, aber es gibt ihn. In Wien und an anderen Orten gibt es Beispiele, in denen Planung nicht Menschen übergestülpt wird, sondern sich gemeinsam mit lokalen Akteurinnen und Akteuren entfaltet. In einem Projekt wurde eine leerstehende Gewerbefläche mit migrantischen Organisationen, Nachbarschaftsinitiativen und Verwaltung gemeinsam entwickelt – zu einem Quartier, das nicht nur Wohnen bietet, sondern auch soziale Infrastruktur, Flexibilität, Möglichkeitsräume. Solche Prozesse brauchen Zeit, Vertrauen, Ressourcen und eine Entschleunigung, die im klassischen Planungssystem oft fehlt. Aber sie verändern die Praxis: Die Beteiligten lernen voneinander, und Planung selbst wird dadurch durchlässiger.

In vielen Städten entstehen informelle, migrantisch geprägte Nutzungen von Räumen. Im Planungsdiskurs erscheinen sie oft

als Störung oder Ausnahme. Wie können solche Praxen stärker als legitimes Wissen anerkannt werden, ohne sie zu verklären oder funktional zu vereinnahmen?

Indem man beteiligten Akteuren erst einmal wirklich zuhört, ohne sie sofort in das Raster „defizitär“ oder „abweichend“ einzuordnen. Diese Raumnutzungen entstehen nicht zufällig: Sie sind kreative, pragmatische Antworten auf Lücken, auf Mangel, auf nicht passende Infrastrukturen. Ich finde, wir brauchen einen Perspektivwechsel: weg von der Idee, was „richtig“ ist, hin zu einem Blick auf das, was funktioniert – auch wenn es informell, provisorisch oder nicht vorgesehen ist. Diese Formen urbaner Alltagsgestaltung sind keine Ausnahmen, sondern Teil des Wissens der Stadt. Es braucht nicht Romantisierung, aber Anerkennung. Und eine Planung, die bereit ist, daraus zu lernen. In der Ausbildung zeigt sich das besonders deutlich. In der Architektur etwa wird oft nur die Außenseite geplant – die Nutzung spielt kaum eine Rolle. Und dann sind Architektinnen und Architekten überrascht, wenn Menschen Räume anders verwenden als vorgesehen. Planung müsste viel früher verstehen, dass An-

eignung keine Störung ist, sondern Teil städtischer Wirklichkeit. Es bräuchte eine Art von *Universal Design*, das soziale Praktiken mitdenkt und ihnen Gestaltungsoptionen bietet.

Solche Praktiken sind nicht nur kreativ, sondern eben auch politisch. Der Autor Behzad Karim Khani sagt: „Stellt euch einen Migrantenstreik vor – dann sieht man, wer wie mit wem redet.“ Was bedeutet das für die Planung? Müsste sie nicht viel stärker auch Macht analysieren, statt nur Lösungen oder Integration zu suchen?

Das ist ein sehr starkes Bild – weil es Beziehungen sichtbar macht, die sonst verborgen bleiben. Planung gilt gern als technokratisch, als lösungsorientiert, dabei gestaltet sie Macht mit: wer entscheidet, wer gehört wird, wer Räume nutzt. Und wer nicht. Gerade im Kontext von Migration wird das selten thematisiert. Menschen mit Fluchterfahrung werden oft zu Adressaten gemacht, aber nicht zu Mitgestaltenden. Was wir brauchen, ist eine Planung, die sich irritieren lässt, die Widersprüche nicht glättet, sondern ernst nimmt. Die Fragen stellt wie: Wer bestimmt eigentlich, was Stadt ist? Und wessen Wissen wird dabei anerkannt?



Malte Uchtmann, „ANKOMMEN“, von den Bewohnenden angepasste Zimmereinrichtung in einem Berliner „Tempohome“, Foto: Malte Uchtmann

In der Ausbildung fehlt das oft völlig. Viele Planende lernen Verfahren, aber kaum etwas über strukturelle Ungleichheit, Rassismus oder soziale Kämpfe. Dabei ist genau das zentral, wenn wir Planung als gesellschaftliche Praxis verstehen.

Ihre Forschung zeigt, dass Sprache selbst Teil städtischer Aushandlung ist und dass sprachliche Kategorien nicht nur politische Debatten strukturieren, sondern auch Zugehörigkeit schaffen. „Integration“ ist ein Begriff, der in Politik, Verwaltung und Forschung bis heute weit verbreitet ist – und zugleich massiv in der Kritik steht. Wird er nicht zum Hindernis, gerade wenn es um komplexere Formen von Zugehörigkeit geht? Gibt es aus Ihrer Sicht Begriffe, die diesem Miteinander gerechter werden, jenseits von „Integration“?

Der Begriff hat seine Geschichte, aber heute empfinde ich ihn oft als irreführend. Er geht von einer festen gesellschaftlichen Mitte aus, in die Menschen hineinkommen und sich anpassen sollen. Doch diese Mitte ist längst nicht mehr stabil. Was wir brauchen, sind Begriffe, die Bewegung zulassen, Widerspruch, wechselseitige Veränderung. Ich arbeite gern mit dem Begriff der Aushandlung. Er macht deutlich: Zugehörigkeit ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Kein Anspruch, sondern etwas, das immer wieder neu hergestellt werden muss: zwischen Menschen, aber auch zwischen Menschen und Raum.

Sie haben den Begriff des „Ankunftsraums“ mitgeprägt – ein analytisch hilfreiches Konzept, das aber auch eine administrative Rahmung mit sich bringt. Wenn man diesen Raum offener, prozesshafter, unabschließbarer denkt: Welche anderen Narrative könnten dann entstehen – des Bleibens, Aushandelns und Zusammenlebens?

Der Ankunftsraum war nie als statisches Konzept gemeint. Uns ging es darum, Übergänge sichtbar zu machen – Zwischenräume, in denen sich Zugehörigkeit erst bildet. Aber der Begriff wurde schnell übernommen: von Institutionen, in Formulare, in Raster. Plötzlich wurde daraus eine Kategorie. Vielleicht brauchen wir wirklich andere Begriffe, oder wir müssen lernen, bestehende beweglich zu halten. Denn was Menschen als zuhause empfinden, entsteht oft jenseits administrativer Sprache. In unseren Projekten haben wir erlebt, wie Bewohnerinnen und Bewohner ganz eigene Wörter finden für Alltag, für Zusammenhalt oder Sicherheit. Diese Begriffe sind oft viel lebendiger als alles, was Planung bereitstellt.

Die feministische Autorin Donna Haraway schlägt vor, nicht länger nach klaren Lösungen zu suchen, sondern in Verflechtungen zu denken – im gemeinsamen Aushalten von Widersprüchen. Könnte man Stadt als etwas Zusammengesetztes, Bewegliches verstehen, als eine Art „Assemblage“, in der auch Unsicherheiten ihren Platz haben?

Ich finde diesen Zugang sehr hilfreich, weil er Unsicherheit nicht als Defizit versteht, sondern als produktiven Zustand. In der Stadt ist nichts jemals fertig. Alles ist im Fluss. Und viele Dinge, die in der Planung als „nicht regelkonform“ gelten – eine stille Nachbarschaftsstruktur, eine ungemeldete Nutzung – sind oft genau das, was urbane Wirklichkeit trägt. Was mir an Assemblagen gefällt: Sie sind nicht glatt, aber sie halten. Sie sind brüchig, aber funktional. Vielleicht müsste man Stadt genau so denken. Nicht als geschlossenes

System, sondern als ein Geflecht aus Dingen, die sich berühren, verändern, irritieren. Vielleicht müsste Planung lernen, nicht alles aufzulösen, sondern auszuhalten. Handlungsfähig zu bleiben, nicht trotz Unübersichtlichkeit, sondern gerade durch sie. Nicht durch Vereinheitlichung, sondern durch Resonanz.

Wenn Sie ganz frei denken könnten: Welche Stadt wünschen Sie sich? Welche Formen des Zusammenlebens, Sprechens und Teilens wären in dieser Stadt möglich, jenseits dessen, was heute planbar scheint?

Am stärksten sehne ich mich danach, dass Menschen – bei aller Unterschiedlichkeit – im Gespräch bleiben und einander zuhören, sich zwar irritieren, aber auch verbinden lassen. Ich erlebe immer wieder, wie echte Begegnungen neue Gedanken freisetzen. Gedanken, die nicht aus Theorien kommen, sondern aus dem Miteinander. Was es braucht, sind Orte, an denen solche Alltagsdialoge ganz selbstverständlich entstehen dürfen – ohne Zweck, ohne Konsum, ohne Reglement. Vieles davon sehe ich bei Menschen mit Migrationserfahrung: Da wird gemeinsam gekocht, ein Tisch nach draußen gestellt, etwas geteilt. Nicht groß, nicht laut, aber verbindend. Ich denke, unsere Städte könnten davon lernen. Statt immer nur Ordnung zu sichern, könnten sie Beziehung ermöglichen. Statt alles kontrollieren zu wollen, ließe sich auch Vertrauen in das Unerwartete setzen. Wenn wir uns trauen, etwas loszulassen, entsteht vielleicht genau das, wonach wir suchen: eine Stadt, die nicht nur funktioniert, sondern lebt.